



DOSSIER



KAS MADRID

18. FEBRUAR 2014

AUSLANDSBÜRO FÜR SPANIEN UND PORTUGAL

DOSSIER
WIRTSCHAFTSLAGE
SPANIEN
FEBRUAR 2014

THOMAS BERND STEHLING
ADRIAAN KÜHN

www.kas.de/spanien

Spanien schöpft wieder Hoffnung

Zu Beginn der zweiten Hälfte der Legislaturperiode des spanischen Parlaments zeigen die Reformen der Regierung von Ministerpräsident Rajoy Erfolge. Eine Trendumkehr ist in Sicht.

Während Investoren wieder mehr Vertrauen in spanische Staatsschuld haben, bleibt die Lage auf dem Arbeitsmarkt gleichwohl kritisch.

1. Der aktuelle Stand

Mit dem Auslaufen des von der "Troika" finanzierten **Bankenrettungsprogramm** im Januar (siehe [Newsletter Dezember 2013](#)) konnte die spanische Regierung einen für das eigene Selbstbewusstsein und ihr internationales Ansehen wichtigen Erfolg verzeichnen. Im Vorlauf zum anstehenden **Bankenstresstest** der EZB stießen spanische Institute zudem nationale Staatsanleihen im Umfang von 20 Milliarden Euro ab. Sie halten nun noch Titel im Wert von 189 Milliarden Euro – der niedrigste Stand seit Juni 2012. Außerdem bereinigten sie ihre Bilanzen um 40 Milliarden Euro durch Rückzahlung von Zentralbankgeld. Experten erwarten, dass die (nicht-verstaatlichten) spanischen Kreditinstitute die Anforderungen der EZB erfüllen werden.

Im letzten Quartal 2013 ist das spanische **Bruttoinlandsprodukt** um 0,3% gewachsen. Der Aufwärtstrend aus dem Vorquartal (0,1%) hat sich damit

nach einer lang anhaltender Rezession gefestigt. Zum ersten Mal nach elf Quartalen in Folge ist der Inlandskonsum – traditionell Motor der spanischen Wirtschaft – wieder leicht gewachsen (0,3%). Sowohl die Regierung als auch verschiedene Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre Wachstumsprognosen für das aktuelle Jahr mittlerweile angepasst. Nun soll das spanische BIP 2014 um 1% wachsen (statt der ursprünglich vorhergesagten 0,7%).

Ein **Zahlungsbilanzüberschuss** von 1,4% der Wirtschaftsleistung wird für den Abschluss des Jahres 2013 prognostiziert – im Jahr zuvor lag dieser Wert bei -1,2%. Während die Rezession die Nachfrage nach Importen drosselte, hat der Druck auf die Löhne spanische Produkte verbilligt. So stiegen die Exporte auf 216 Milliarden bis Nov. 2013. Zusätzlich profitierte die spanische Wirtschaft von 60 Millionen Touristen, die im vergangenen Jahr das Land besuchten – ein neuer Rekord. Das **Handelsbilanzdefizit** (14 Milliarden Euro) halbierte sich im Vergleich zu 2012.

Die OSZE rechnet in den nächsten Jahren mit einer weiteren Verbesserung der spanischen **Wettbewerbsfähigkeit**. Neben der Lohnzurückhaltung der Tarifpartner und niedriger Inflation tragen dazu sinkende Arbeitskosten bei. Die Organisation sagt für den Zeitraum 2012-2015 einen Rückgang von 4,6% voraus.

Das von Brüssel vorgegebene **Defizitziel** für das letzte Jahr könnte erfüllt werden. Aktuelle Daten zeigen einen Fehlbetrag von 5,4% der Wirtschaftsleistung bis zum November (ohne Lokaladministrationen). Dies stimmt die Regierung optimistisch, für das ganze Jahr die 6,5% Zielmarke einzuhalten. Die Regionen haben ihren Beitrag geleistet und sich überwiegend an die Sparvorgaben aus Madrid gehalten. In diesem Jahr gilt für alle regionalen Gebietskörperschaften erstmals ein einheitliches Defizitziel von maximal 1% der Wirtschaftsleistung.

Stand Spanien im Sommer 2012 noch kurz vor der Notwendigkeit einer "Rettung" durch EZB, EU und IWF – der Risikoaufschlag auf **Staatsanleihen** betrug über 600 Punkte – hat sich diese Sorge mittlerweile weitgehend verflüchtigt. Die Zinsdifferenz zu deutschen Anleihen mit 10-jähriger Laufzeit ist unter die 200-Punkte Marke gefallen. Eine unlängst abgehaltene Auktion über 10 Milliarden Euro war vierfach überzeichnet. Besonders Investoren aus dem Ausland vertrauen den spanischen Schuldtiteln wieder. Sie erhöhten ihren Bestand an Staatsanleihen sukzessive um fast 25 Milliarden Euro. Die in ausländischen Händen befindliche Staatschuld steuert nun auf die Rekordmarke von 300 Milliarden Euro zu. In diesem Jahr muss das Schatzamt nach ersten Schätzungen Staatsanleihen im Wert von 244 Milliarden Euro ausgeben.

Obwohl sich Spanien zurzeit relativ günstig auf den internationalen Finanzmärkten refinanzieren kann, steigen auf Grund des Haushaltsdefizits die **Staatsschulden**. Das Land verzeichnet einen Schuldenstand von über 93% (im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung). In den letzten sechs Jahren ist dieser Wert um 145% gestiegen – und

wird binnen der nächsten 24 Monate die 100-Prozent-Marke wohl überschreiten. Der Schuldenstand der Regionen beträgt knapp ein Fünftel des BIP. Allein der Schuldendienst kostet Spanien zurzeit fast 8,8 Milliarden Euro im Jahr.

Die Bekämpfung der **Arbeitslosigkeit** bleibt die Hauptaufgabe der Regierung Rajoy. Nach einem Zwischenhoch im ersten Quartal des letzten Jahres (27,4%) steht die Arbeitslosenquote nun bei 26%. Nach der aktuellen Arbeitsmarktumfrage des nationalen Statistikamtes hatten im letzten Trimester 2013 5,9 Millionen Menschen keinen Job. Seit 2008 sind 3,5 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen, davon allein 1,5 Millionen im Bausektor. Transferzahlungen der Arbeitslosenversicherung kosteten die Sozialversicherung im letzten Jahr 30 Milliarden Euro – ihr Reservefonds verzeichnete damit ein Defizit in Höhe von 14 Milliarden Euro.

2. Die politische Ausgangslage

Unmittelbar nach ihrem Amtsantritt zum Jahresende 2011 hat die Regierung von Mariano Rajoy – unter dem Druck von Rekordaufschlägen auf die Staatschuld – umfassende Ausgabenkürzungen vorgenommen und erste wirtschaftspolitische Reformen angestoßen ([siehe KAS Auslandsinformationen 6/2013](#)).

Wegen der Steuererhöhungen, die im Gegensatz zu den Versprechungen vor den Wahlen standen, und den Folgen der tiefgreifenden Kürzungen u.a. bei Sozialausgaben und Bildung haben Rajoy und seine Regierung in kurzer Zeit Glaubwürdigkeit und Zustimmung eingebüßt.

Es ist deshalb verständlich, dass der Partido Popular vor den Europawahlen im Mai sowie den Kommunal- und Parlamentswahlen im nächsten Jahr eine politische Dividende anstrebt.

Vorsorglich mahnt deshalb die Europäische Kommission bereits an, sich durch die Entspannung auf den Finanzmärkten nicht zu einem Erlahmen des Reformeifers verleiten zu lassen. Im Rahmen ihres Defizitverfahrens hatte sie im April letzten Jahres ein "[in-depth-review](#)" der makroökonomischen Entwicklung Spaniens abgeschlossen. Mit den länderspezifischen Empfehlungen für verschiedene Politikbereiche will die Kommission den Reformdruck aufrecht erhalten.

3. Wichtigste Maßnahmen

Arbeitsmarktreform 2012

Ziele waren die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, eine Reform der Arbeitsvermittlung, die Lockerung des Kündigungsschutzes (inkl. der Reduzierung von Abfindungszahlungen) und die Vereinfachung von Vertragsmodellen (siehe [Newsletter Juni 2013](#)). Die Ergebnisse entsprechen gegenwärtig noch nicht den Erwartungen. Die Zahl der Beschäftigten liegt mit 16,7 Millionen momentan auf dem Niveau des Jahres 2002. Zwar ist die Arbeitslosenzahl im vergangenen Jahr um 65.000 Personen gefallen, bei der Zahl der Erwerbspersonen gab es jedoch einen noch stärkeren Rückgang (268.000). Neue Jobs sind größtenteils befristete Teilzeitbeschäftigungen, die Zahl unbefristeter Vollzeitstellen nimmt dagegen stetig ab. In 1,8 Millionen Haushalten geht keines der Mitglieder einer Beschäftigung nach. Langzeitarbeitslosigkeit weitet sich aus. Fast drei Millionen Menschen suchen bereits länger als zwölf Monate eine Stelle. Arbeitsmarktexperten sind sich einig,

dass ein solider Rückgang der Arbeitslosigkeit maßgeblich von Wachstumsraten jenseits der zwei Prozent-Marke abhängt.

Reform der öffentlichen Verwaltung 2012

Neben Budgeteinsparungen sind die Reduzierung der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, eine Effektivitätssteigerung der Verwaltung und ein allgemeiner Bürokratieabbau die Hauptmotive dieses zentralen Reformprojektes (siehe [Newsletter Oktober 2013](#)). Während auf Ebene der Zentralverwaltung gekürzt, zusammengelegt und eingespart werden konnte, wehren sich Regionen und Lokaladministrativen gegen eine Einschränkung ihrer Kompetenzen und Handlungsspielräume. Da diese Gebietskörperschaften den überwiegenden Teil der öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen sowie der spanischen Beamten stellen, hängt ein Erfolg der Reform maßgeblich davon ab, ob sich die Zentralregierung gegen Lokal- und Regionalinteressen durchsetzen kann.

Rentenreform 2013

Mit der Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre und der Abkoppelung der Renten von der Inflation will die Regierung bis in das Jahr 2022 insgesamt 33 Milliarden Euro einsparen. Der "Nachhaltigkeitsfaktor", um den Renten und Pensionen jährlich angepasst werden, hat eine Expertenkommission bei mindestens 0,25% festgesetzt. Nur in wirtschaftlich guten Zeiten kann dieser steigen. In einer ersten Bilanz konnte Arbeitsministerin Fatima Bañez unlängst verkünden, dass die Zahl der Frührentner um 6,5% gesunken ist. Das Durchschnittsalter bei Renteneintritt liegt nun bei 64,3 Jahren.

Steuersenkungen sind schon seit dem Wahlkampf 2011 ein PP-Versprechen. Seit Regierungsantritt haben die Konservativen Steuern und Abgaben allerdings ausschließlich erhöht (insgesamt über 50 Tarife). Finanzminister Cristóbal Montoro steht unter erheblichem Druck, die Steuerzahler zu entlasten. Mit einem Spitzensteuersatz von bis zu 56% (inkl. dem Anteil der Autonomen Regionen) liegt Spanien ganz vorne in Europa – der Anteil der tatsächlich eingetriebenen Steuern (32,9% BIP) liegt dagegen zwei Prozentpunkte unter dem europäischen Schnitt.

Montoro strebt daher eine umfassende Steuerreform an. Die reduzierten Mehrwertsteuersätze werden wahrscheinlich auf das reguläre Niveau (21%) angehoben – verschont bleibt der Tourismus- und mutmaßlich auch der Kultursektor. Im Gegenzug soll die Einkommensteuer für Geringverdiener und Bezieher mittlerer Einkommen sinken, dafür eine breitere Bemessungsgrundlage aufweisen und weniger Abschreibungsmöglichkeiten bieten. Die Unternehmenssteuer (Rückgang von 40% der Erlöse zwischen 2007-2012) liegt nominal bei 30%, tatsächlich zahlen Firmen zwischen vier und elf Prozent Steuern. Auch hier soll die Abschaffung von Abschreibungsmöglichkeiten die reale an die nominale Steuerrate angleichen. Ministerpräsident Rajoy hat bereits angekündigt: "Es wird ein neues System, einfacher und fairer".

4. Ausblick

Das spanische **Haushaltsdefizit** gibt weiterhin Anlass zur Sorge. In den nächsten Jahren müssen zusätzliche schmerzhaft Kürzungen vorgenommen werden, soll der Fehlbetrag von

aktuell über sechs auf unter drei Prozent sinken.

Es ist zudem ein offenes Geheimnis, dass Spaniens tatsächliches Defizit über den offiziellen Zahlen liegt. Das Bankenrettungsprogramm (0,5 % BIP) berücksichtigt die Regierung ebenso wenig wie das so genannte "**Tarifdefizit**" auf dem Energiemarkt: Aus der Differenz zwischen staatlich regulierten Preisen und tatsächlichen Unternehmenskosten ist seit 1997 ein Fehlbetrag von fast 30 Milliarden Euro aufgelaufen. Das Finanzministerium suspendierte im Dezember die Zahlung einer Tranche von über zwei Milliarden Euro an Energieversorger, um die Defizitmarke nicht zu reißen. Da die Erhöhung der Energiepreise als politisch schwer durchsetzbar gilt, sind in diesem Bereich bisher nur aufschiebende Maßnahmen beschlossen worden.

Aktuell drohen dem Budget zusätzliche Mehrausgaben, wenn die **Insolvenz** mehrerer privater **Maut-Autobahnen** verhindert werden soll. Eine Verstaatlichung würde mit fast fünf Milliarden Euro zu Buche schlagen.

Außer einer Amnestie für Steuersünder hat der Gesetzgeber bisher nur wenig gegen Steuerhinterziehung unternommen. Dies könnte sich lohnen: Ein Expertenreport beziffert den Umfang der spanischen **Schattenökonomie** auf 253 Milliarden Euro – dies ist fast ein Viertel des BIP (2012). Gelänge es dem Fiskus einem Fünftel dieses Betrages habhaft zu werden, hätte das Finanzministerium für dieses Jahr einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können.

Ohne **Kreditvergabe** kein Wachstum – darin ist sich ein Großteil der Wirtschaftsexperten einig. Vor allem der spanische Mittelstand benötigt drin-

gend neue Kreditlinien. Im Moment sieht es allerdings nicht danach aus: Im November 2013 ging das Volumen der von spanischen Banken vergebenen Kredite im Jahresvergleich nochmals um elf Prozent zurück. Spanische Unternehmen zahlen deutlich höhere Zinsen als die Konkurrenz in anderen europäischen Ländern. Die Regierung arbeitet an einem eigenen Finanzierungsprogramm für die PYMEs (*pequeñas y medianas empresas*).

Erstellt mit Daten von *Instituto Nacional de Estadística (INE)*, *Ministerio de Economía, Encuesta de Población Activa (EPA)*, *Eurostat*, *Europäische Kommission* und *Spanische Regierung*

Zur vertieften Information:

- Staatshaushalt 2014 ([Spanisch](#))
- Nationales Reformprogramm 2013 ([Spanisch/Englisch](#))
- Stabilitätsprogramm 2013 ([Spanisch](#))
- Finanzierungsplan und wirtschaftspolitische Strategie 2014 ([Englisch](#))
- Reformbilanz 2011-2013 ([Englisch](#))

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Spanien

Konrad-Adenauer-Stiftung
c/ Villanueva 43, 2º Dcha.
28001 Madrid
Spanien

Tel. +34 91 781 12 02
Fax +34 91 575 60 66
info.madrid@kas.de
www.kas.de/spanien